

# VORTRAG

4. DEZEMBER 2012 // ÖKONOMISIERUNG, MACHT UND  
MEDIENMORAL - ZUR ENTAUTORISIERUNG VON POLITIK  
UND MEDIEN // HOCHSCHULE FÜR MEDIEN, STUTTGART

## **Meine Damen und Herren,**

als Untertitel für meinen Beitrag könnte ich auch fragen, ob sich Politik unter den Bedingungen der Ökonomisierung noch medial hinreichend vermitteln lässt. Dazu scheinen mir ein paar grundsätzliche Vorbemerkungen geboten. Zum Begriff der Ökonomisierung haben wir hier ja schon einiges gehört, ich muss uns also nicht allzu lange mit definitorischen Vorübungen aufhalten, sondern kann mich auf ein paar Anmerkungen dazu beschränken. In der Praxis läuft Ökonomisierung ja darauf hinaus, traditionell öffentliche Güter und Leistungen dem Markt und der ihm zugeschriebenen selbstregulierenden Kraft zu überlassen. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, von Verkehrsbetrieben etwa oder Wasserwerken, ist ein klassisches Beispiel. Die Frage, ob die Knappheit von Organen bzw. Spendern für die Transplantationsmedizin nicht dadurch zu beheben wäre, dass man den Organhandel erlaubt und dem freien Markt überlässt (analog zur Debatte über die Legalisierung von Doping oder Drogen) ist ein aktuelleres und brisanteres. Heute haben wir die schärfer und damit schon im Ansatz kritischer gefasste Auffassung kennengelernt, die die Ökonomisierung als die Eliminierung aller nicht-ökonomischen Gesichtspunkte aus allen Feldern organisierter gesellschaftlicher Aktivität beschreibt.

In der Tat scheint mir, dass die den öffentlichen Diskurs bis zum Ausbruch der Finanzkrise prägende Ideologie des sogenannten Neoliberalismus mit dieser Definition gut erfasst ist. Hinter einer so verstandenen Ökonomisierung steht der unbedingte Glaube an den Markt und dessen Regulierungskompetenz oder, wo diese gestört sein sollte, doch Selbstheilungskraft. Als Ahnherr dieses Glaubens in Gestalt einer ökonomisch-philosophischen Theorie gilt gemeinhin Adam Smith (1723 - 1790), der in seiner „Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations“ den berühmten Satz von der „Unsichtbaren Hand“ formulierte, der Hand des Freien Marktes eben, die bekanntlich dafür sorgt, dass der Egoismus des Einzelnen sich am Ende zum Wohl aller auswirkt. Wenn jeder an sich denkt, ist für alle gesorgt, wie es ein kalauerndes Bonmot besagt. Bei der Kritik am Begründer des neuzeitlichen Markttradikalismus, um nicht zu sagen Fundamentalismus, wird freilich gern übersehen, dass Adam Smith zunächst einmal Moralphilosoph war. In seiner „Theory of Moral Sentiments“ erklärt er die Sympathie zum wesentlichen Motiv menschlichen Handelns, und er setzt implizit stets voraus, dass der einzelne Marktteilnehmer an moralische Mindeststandards gebunden ist, sich also bei allem prinzipiellen Egoismus als Person anständig verhält

und z. B. nicht betrügt. Das Verhalten namentlich angelsächsischer Investmentbanker als Auslöser der Finanzkrise dürfte schwerlich seine Billigung gefunden haben.

Lassen Sie mich in diesem Kontext an einen anderen Autor erinnern, der im 20. Jahrhundert den Abschied vom Primat des ökonomistischen Denkens, wie es sich bei Smith ebenso wie später dessen ideologischen Antipoden Karl Marx (1818 -1883) niederschlug, verkündet hat. Es war ausgerechnet ein Ökonom, der als Jude aus Wien in die USA emigrierte Peter F. Drucker (1909 - 2005), der große Theoretiker des modernen Managements, der 1939 mit seiner genialen Studie „The End of Economic Man. The Origins of Totalitarianism“ dieser Dominanz des ökonomischen Denkens die Grabrede hielt, indem er - wenn ich es hier kurz mit meinen Worten skizzieren darf - die psychologische und politische Schwäche der ökonomistischen Einseitigkeit im linken wie im liberalen Lager für die Faszinationskraft des europäischen Faschismus verantwortlich machte, der den desorientierten Massen mit seiner Gemeinschaftsideologie sozusagen einen Dritten Weg anbot, der ihre existentiellen Ängste und Sehnsüchte, ihre Emotionen und Ressentiments besser bediente. Wenn ich Studierenden dieses Buch empfehle, dann nicht nur um zu betonen, dass die Diskussion pro und contra Ökonomismus so neu nicht ist, sondern vor allem, weil die Fixierung auf ein rein ökonomistisches Denken, ob links oder rechts gepolt, in Krisensituationen wie der unseren ganz sicher zu kurz greift. Dies bitte ich mit zu bedenken, wenn ich im Hinblick auf das Thema Medien die Ambivalenz des Wettbewerbs besonders akzentuiere. Denn neben der wachsenden Komplexität aller Lebensverhältnisse ist es die Verschärfung des medialen wie auch des politischen Wettbewerbs, die nach meinem Dafürhalten dazu führt, dass die Medien heute ihrer sozusagen klassischen Aufgabe, durch sachgerechte Information einen Beitrag zur Urteilsfähigkeit und damit zur Mündigkeit der Bürger zu leisten, in immer geringerem Maße nachkommen. Und damit wird derselbe Wettbewerb, der unabdingbar die Voraussetzung medialer - und politischer - Freiheit ist, in seiner enthemmten und übersteigerten Ausprägung tendenziell zugleich auch zu einer Gefährdung dieser Freiheit.

Meine These in diesem Kontext lautet: Die mit der Globalisierung einhergehende zunehmende Ökonomisierung aller Sozialbereiche und damit auch des Mediensystems verändert die „Macht und Moral der Medien“ und der Medienakteure dramatisch. So verschärft sich der mediale Wettbewerb schon durch den Siegeszug des global präsenten Internets, was zu einer Entautorisierung der klassischen Medien wie auch zur Erosion ihrer ökonomischen Existenzgrundlagen beiträgt. Damit steht auch das „demokratische Wächteramt“ von Presse und Rundfunk zur Disposition, weil z. B. durch Personalabbau die Fähigkeit zur Recherche geschwächt wird - und dies in Zeiten, da die wachsende Komplexität von Strukturen und Entschei-

dungsprozessen intensive und umfassende Recherchearbeit notwendiger macht denn je. Statt dessen erzwingt der Wettbewerb die Flucht auf den Boulevard - durch Banalisierung, Emotionalisierung, Personalisierung, Inszenierung und, im Ergebnis, Entpolitisierung. Wenn die westliche Welt darauf keine Antworten findet, wird die Demokratie westlichen Musters global ihre Attraktivität verlieren.

Aber der Reihe nach. Zunächst einmal scheint es mir unbestritten und unbestreitbar zu sein, dass die Vermittlung von Politik schwieriger geworden ist und schlechter gelingt, als dies noch vor, sagen wir, zwanzig Jahren der Fall war und als es der Fall sein müsste, um unsere Demokratie auf Dauer intakt zu halten. Der wichtigste Indikator dafür ist die sinkende Wahlbeteiligung. Gewiss, eine hohe Wahlbeteiligung ist kein Wert an sich, aber ihr Rückgang deutet auf zunehmendes Desinteresse, wenn nicht auf einen Vertrauensverlust im Wahlvolk hin. Ob man es Politikverdrossenheit nennen muss, steht dahin. Echter Überdruß etwa an den Parteien, wenn nicht gar Parteienfeindlichkeit, hätte ganz sicher viel mit der permanenten Skandalisierungsbereitschaft peripherer Vorgänge in der Wechselwirkung von Politik und Medien zu tun. Und hier spielt das konkurrenzbedingte Meuteverhalten eine Rolle - bei der Hatz auf das jeweils zu erlegende Großwild muss jeder die Nase vorn haben, darf sich keiner abhängen lassen - ein Beispiel dafür, dass Konkurrenz nicht zwingend zu mehr journalistischer Vielfalt und Qualität führt.

Erinnern Sie sich noch, worüber wir uns vor einem Jahr aufgeregt haben? Es war der Fall Wulff, der den damaligen Präsidenten schließlich das Amt kostete. Ich war kein besonderer Fan dieses Politikers, aber wie die Sache auch juristisch ausgehen mag - die ihm tatsächlich anzulastenden Verfehlungen erscheinen mir nur begrenzttempörungssträchtig. Weder hat er sich, nach heutigem Erkenntnisstand, auf unredliche Weise bereichert, noch hat er jemandem aus seinem Amt heraus erhebliche Vergünstigungen verschafft und dafür entsprechende Vergünstigungen angenommen, noch hat er mit seinem dummen Anruf bei einem Chefredakteur die Pressefreiheit bedroht oder gar gefährdet. Bleibt der Eindruck unzureichender persönlicher Aufrichtigkeit und miserablen Krisenmanagements. Und in diesem Zusammenhang das beliebte Vorbildargument. Ein Präsident, so las und hörte man's landauf, landab, muss Vorbild sein. Daran hängt seine Glaubwürdigkeit als moralischer Mahner, Warner und Wegweiser, als Repräsentant der Nation eben. Das ist nicht von der Hand zu weisen und doch nur eine Halbwahrheit. Denn zum Vorbild gehören doch immer mindestens zwei - einer, der Vorbild ist und wenigstens einer, der sich nach dem Vorbild richtet.

Wer ist dazu schon ernsthaft bereit? Kommt irgendwer auf die Idee, nur wegen der moralischen Beispielhaftigkeit eines obersten politischen Repräsentanten, sagen wir, sein etwas außerhalb der Steuerlegalität geführtes Konto

in der Schweiz aufzulösen, von seiner Schwarzarbeit abzulassen oder für seine Putzfrau Sozialversicherungsbeiträge und Steuern zu zahlen? Wer sich in dieser und sonstiger Hinsicht untadelig verhält, ist selbst Vorbild, braucht aber schwerlich irgendwelche repräsentativen Staatsfrauen und -männer als Beispiel und Ansporn. Besteht nicht vielmehr die Normalität unserer sogenannten Anspruchsgesellschaft just darin, dass „die da oben“ stellvertretend für uns die hochgespannten moralischen Ansprüche erfüllen sollen, denen wir selbst, wenn überhaupt, mehr schlecht als recht genügen? Alles nach dem Motto „Hoch die Messlatte, damit wir bequem drunter durchlaufen können“ - um uns dann daran zu weiden, wie der Politiker die Latte reißt.

In solchen Fällen fehlt es nicht an wechselseitiger Schuldzuweisung zwischen Politik und Medien, während der dritte Faktor im Spiel, wir, das liebe Publikum außen vor bleibt - wir Käufer und Wähler nämlich, um deren Gunst die beiden anderen werben und die sie deshalb nicht verprellen dürfen. Natürlich sind „die“ Medien an diesem Zustand nicht unschuldig, so wenig wie „die“ Politik. Was uns hier daran interessieren muss, sind die strukturellen Gründe für diesen Sachverhalt. Sie lassen sich auf zwei Aspekte einengen, die sich zum einen eigendynamisch verschärfen, zum anderen aneinander aufheizen: Komplexität und Wettbewerb. Um mit letzterem auf dem weitem Feld der Politik zu beginnen: Täuscht mich der Eindruck, dass mit der Erosion der Volksparteien und der größeren Zahl der potenziell bundestagsfähigen Parteien - je nachdem, ob man die „Piraten“ noch mitzählt, sind es inzwischen deren sieben - der parteiliche Konkurrenzkampf im Rahmen des im föderalen System angesagten Dauerwahlkampfes rabiāt verschärft hat? Was dazu führt, dass die wechselseitige Schmähungs- und Herabsetzungs bereitschaft ebenso wie die Fähigkeit zur Selbstglorifizierung, verbunden mit der Vortäuschung des Eindrucks, die Parteien wären tatsächlich imstande, für alle Probleme die passenden Lösungen anzubieten und im Falle ihrer Ermächtigung durch die Wähler auch durchzusetzen, von den so „umworbenen“ Wählern zunehmend nicht mehr ernst genommen wird.

Wobei hier nicht nur die Konkurrenz zwischen den offiziellen politischen Gegnern zu sehen ist. Im Wechselspiel mit den Medien spielt die innerparteiliche Rivalität der Pro- bzw. Antagonisten zumindest keine geringere Rolle. Was immer in den Medien an Verdächtigungen und Vorwürfen, einschließlich der daraus resultierenden Vorverurteilungen, über diese oder jene politische Figur erscheint, kommt mit großer Wahrscheinlichkeit aus den jeweils eigenen Reihen. Was natürlich für andere Organisationen, Wirtschaftsunternehmen etc, ebenso gilt. Diffamierung ist ein Karriere- bzw. Karriereverhinderungsinstrument. Das ist nicht neu, neu ist nur die Beschleunigung und Verstärkung der entsprechend induzierten Kampagnen durch das Internet - sofern sie nicht ohnehin dort ihren Ursprung haben. Die Wechselwirkung zwischen den meist anonymen Akteuren im Netz und den klassischen Medien der Presse und des Rundfunks ist kaum

zu überschätzen.

Überhaupt: Ist das Internet an allem schuld? Die Frage drängt sich beim medialen Wettbewerb auf, der für die prekäre ökonomische Lage vor allem von Printmedien gern verantwortlich gemacht wird, um damit den Trend zur Boulevardisierung zu entschuldigen, der offenkundig ebenso zur Entautorisierung von Politik beiträgt wie die eben beschriebene mediale Selbstkannibalisierung der politischen Klasse. Als jüngste Beispiele für die Bedrängnis, in die Printmedien durch das Netz dadurch geraten, dass die Jüngeren, im und mit dem Netz herangewachsen Mediennutzer zunehmend ohne Zeitung und Zeitungsabonnement auskommen, werden die Financial Times Deutschland und die Frankfurter Rundschau genannt. Dabei kommt freilich die Frage zu kurz, ob beim Scheitern dieser Blätter nicht auch und primär unternehmenspolitische Fehler und Fehleinschätzungen entscheidend waren. Die FTD war eine in Zeiten des globalen Finanzbooms vor der großen Krise optimistisch gestartete Neuerscheinung, für die es von Anfang an keine Erfolgsgarantie geben konnte. Und die altehrwürdige FR, einst die Postille einer mehr oder weniger klassenbewussten Linken, geriet in die Krise schon mit dem Start der taz, die nicht nur an Frechheit, Charme und Witz die alte Tante FR rasch überbot, sondern mit ihrem Erfolg auch Ausdruck tektonischer Verschiebungen in der soziologisch-politischen Landschaft war, abzulesen am Bedeutungsverlust der Industriearbeit zugunsten der Dienstleistung, des sozialutopischen zugunsten des ökologischen „Bewusstseins“ und Lebensgefühls, der klassischen Sozialdemokratie zugunsten der grün-alternativen Bewegung.

Dass es einen Strukturwandel der Printmedien gibt und weiter geben wird, etwa von den Tageszeitungen hin zu Wochenblättern und von der allgemeinen zur speziellen thematischen Ausrichtung, scheint unverkennbar, aber dass die Printmedien generell keine Chance mehr hätten, zumal in der Kombination mit dem Netzauftritt, sich mit intelligent gestrickten Geschäftsmodellen auf dem Markt zu behaupten, ist nicht ausgemacht. Allerdings, bei anhaltend hohen Renditeerwartungen von Verlegern, die sich selbst als Unternehmer nur noch ökonomistisch definieren, wird die Erfolgchance auch erkaufte mit einer brachial umgesetzten Kostensenkungsstrategie, sprich Personalabbau, sprich dramatisch abnehmender Recherchekapazität von Redaktionen. Und ohne Recherche eben keine „Aufklärung“, wenn das große Wort hier erlaubt ist, keine Information und Analyse, die hinreichend differenziert ist, um den Lesern, sprich Bürgern, die Bildung ihres jeweilig eigenen Urteils zu ermöglichen und soderen Urteilskraft insgesamt, also ihre Demokratiefähigkeit und damit „Mündigkeit“ zu stärken. Das ist ja eigentlich gemeint, wenn von journalistischer „Qualität“ die Rede ist - der demokratische Mehrwert, nicht einfach die keineswegs gering zu schätzende handwerkliche Qualität des gekonnten Blattmachens (oder Sendungsmachens) mit dem Ziel und Erfolg

der Durchsetzung des Produkts am Markt, sprich Auflage und Quote, die eben - Gesetz des Boulevards - mit einem Weniger an informativem Gehalt zwanglos vereinbar ist. Was nur halb so schlimm wäre, wenn nicht die rapide zunehmende Komplexität aller Strukturen und Prozesse mit politischer Relevanz, und dies im globalen Maßstab, im Gegenzug nach einem Mehr an Recherche verlangte. Naturwissenschaftlich induziert und technologisch akzeleriert, läuft dieser Prozess immer rascher und auf breiter Front der Möglichkeit seiner intellektuellen Durchdringung, medialen Vermittlung und politischen Beherrschbarkeit davon. Gewiss, schwere, das heißt schwer zu treffende und schwer zu vermittelnde Probleme und Entscheidungsnotwendigkeiten gab es immer. Die von Konrad Adenauer in den 50er Jahren gegen die pazifistische Grundstimmung der Deutschen durchgesetzte Westbindung und damit zwangsläufige Wiederbewaffnung der Bundesrepublik war in diesem Sinne schwer. Aber nicht gleichermaßen schwierig, will sagen komplex, wie vergleichsweise etwa die aktuelle Aufgabe der Euro-Rettung und Überwindung der europäischen Staatsschuldenkrise sich heute darstellt. Oder die Frage konkreter militärischer Teilnahme Deutschlands an Kriseneinsätzen in aller Welt.

Das liegt nicht nur an der Vielzahl involvierter Entscheidungsebenen und den entsprechenden global agierenden Institutionen, von UNO, Weltbank, IWF oder NATO über die europäischen, die nationalen, föderalen, regionalen und lokalen Instanzen mit ihrem Geflecht von ineinandergreifenden und zugleich nicht eindeutig und nachvollziehbar abgegrenzten Kompetenzen und damit ihrer weitgehenden Undurchschaubarkeit für die Bürger. Zugleich macht die rasant zunehmende Beschleunigung der Kommunikation durch die Digitalisierung im globalen Ausmaß die Entscheidungsvorbereitung immer schwieriger - nicht zufällig sieht man unsere Politiker permanent unter offenkundigem Zeitdruck mit dem Handy hantieren, während die gründliche Vorbereitung fälliger Entscheidungen den mutmaßlichen Inhabern des Sachverstands in der „Expertokratie“ überantwortet wird.

Kein Medium hält damit Schritt- es bleibt also nur, wenigstens ein Stück weit sein Heil auf dem Boulevard zu suchen, das Minus an Gründlichkeit und Tiefgang durch ein Plus an vordergründiger Attraktivität zu ersetzen. Wobei ich nicht der Versuchung erliegen möchte, die klassischen Medien zu verherrlichen. Auch sie konnten das Postulat der umfassenden, genauen, unparteiisch verlässlichen Information stets nur begrenzt erfüllen. Ich habe früher auf die beliebte Frage nach der Objektivität von Medien gern geantwortet, objektiv sei die Zeitung, die einigermaßen verlässlich berichtet, aber im Kommentarteil meine Meinung vertritt. Will sagen, dass eine Zeitung im Sinne des von Arnold Gehlen (1904 - 1976) vertretenen Begriffs der Institution immer auch eine Entlastungsfunktion wahrnimmt. Sie entlastet mich von der Notwendigkeit, aus der unübersehbaren Fülle der

Ereignisse die für mich, meine Situation und mein Interesse relevanten selbst herauszusuchen - wenn und solange ich dabei auf die intellektuelle Redlichkeit der Blattmacher vertraue. Damit sind sie Instanzen der Glaubwürdigkeit - und es stellt sich die Frage, ob sich im Netz vergleichbare Instanzen herausbilden können, oder ob ganz andere Potenzen an ihre Stelle treten, deren Auswirkungen auf die Urteilskraft der Bürger noch nicht einzuschätzen sind. Wohlgermerkt - die klassischen Medien sollen hier nicht glorifiziert und das Netz soll nicht dämonisiert werden. Das Netz ist zunächst einmal Freiheitschance, in seiner entgrenzten Freiheit dann auch ein Freiheitsrisiko. Das Netz war und ist natürlich niemals der Agent des „Großen Bruders“ im Sinne von George Orwells Roman „1984“ - das war vielmehr der „Volksempfänger“ unseligen Angedenkens. Das Netz beschleunigt und verstärkt ohnehin ablaufende Prozesse. Wie auch immer - es muss uns beunruhigen, uns Journalisten, meine ich vor allem, wenn die intellektuell anspruchsvollsten Beobachter und Kritiker unserer sogenannten postmodernen Zeitläufte wie der Soziologe und Systemtheoretiker Niklas Luhmann (1927 - 1998) oder der Philosoph Peter Sloterdijk (1947 -) den Medien längst nicht mehr die Funktion einer wie auch immer konzipierten Wahrheitsvermittlung zuschreiben, sondern nur noch „Irritation“ (Luhmann) und „Erregung“ (Sloterdijk).

Es geht mir hier also nicht um eine einseitige „Schuld“zuweisung, sondern um das nüchterne Zurkenntnisnehmen unausweichlicher und sich verstärkender Ambivalenzen, wie sie nicht nur im Kampf um Urheberrechte, im Streit um Kriminalität im Netz und deren Eindämmung, um anonymes Mobbing, um die Bewahrung oder Preisgabe der Grenze zwischen Öffentlichkeit und Privatheit sichtbar werden, sondern auch im Problem des Orientierungsverlustes in der neuen globalen Unübersichtlichkeit. Einer letztlich immer nur kompromisshaft aufzulösenden Ambivalenz, wie sie in der Rolle von „Wikileaks“ zum Beispiel ebenso zum Ausdruck kommt wie in der kommunikativen Mobilisierung von Massen im Zuge der „Arabellion“ - beides ebenso faszinierende wie langfristig nicht unproblematische Phänomene. Führt z. B. die arabische Mobilisierung, wie wir alle hoffen, zur arabischen Demokratisierung, oder führt die Zerstörung staatlicher Geheimhaltung durch das Machtinstrument des Herrn Assenge grundsätzlich zu einer besseren, weil transparenteren Politik? Können und sollen wir - der „Westen“ - diese Entwicklungen überhaupt beeinflussen? Oder beeinflussen wir sie nolens volens ohnehin, mit der westlichen Kommunikationstechnologie und den visuellen Botschaften, den Bildern, die wir damit zu ihnen transportieren, „Vor-Bildern“ im durchaus nicht ungefährlichen Sinne von Wunschbildern des westlichen way of life, die nicht erfüllt werden können und unvermeidlich Enttäuschung, Frustration, Zorn und Hass nach sich ziehen? Und, zum anderen: Sind zum Beispiel Friedensgespräche, im Nahen Osten oder wo auch immer

sie erforderlich werden sollten, ist überhaupt jede konstruktive Diplomatie ohne Geheimhaltung nicht zum Misserfolg verurteilt, ganz gleich, ob da Demokratien oder Diktaturen involviert sind?

Die Globalisierung, nicht zuletzt die globale Entgrenzung der Finanzmärkte, führt zweifellos zu neuen Entkoppelungen, zur Entkoppelung von Leistung und Erfolg ebenso wie von Verantwortung und Haftung, jedenfalls tendenziell, doch ebenso anscheinend auch zur Entkoppelung von (tendenziell unbegrenztem) Informationszugang und tendenziell schwindender politisch-medialer Urteils- und Entscheidungskompetenz, bei zugleich schwindendem Ansehensverlust der politischen und medialen Akteure. Schon deshalb bedarf es geradezu gigantischer Bildungsanstrengungen auf breiter Front, wenn nicht ein neues, sich in Resignation flüchtendes, das Glück apolitisch im Windschatten der globalen Stürme suchendes politisches Abstinenzlertum die in unseren Breiten immer noch intakten Strukturen politischer Teilhabe und Verantwortung überlagern und zurückdrängen soll. Das gilt ganz unabhängig davon, ob kurzfristig neue Bürgerbewegungen die eine oder andere Frage basisdemokratisch entscheiden, das eine oder andere Großprojekt kippen.

Vielleicht wäre bei alledem schon viel gewonnen, wenn alle wir unsere Erwartungen etwas herunterpegeln könnten - nicht die an uns selbst, sondern die an die Allzuständigkeit der Politik wie auch an die Allwissenheit der Medien - und das Rezept dafür lautet, wie gesagt, Bildung, Bildung, Bildung. Was wir heute unter Bildung zu verstehen haben, ist freilich ein tagungsfüllendes Thema für sich.